

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

112 (24.9.1923)

ten und darum etwas enttäuschenden vorsichtigen Reserve, so daß die Rede des dänischen Delegierten...

Eine aktivere Politik Deutschlands gegenüber dem Völkerbund hätte nach Ansicht vieler maßgebender Völkerbundsmitglieder...

Erste Worte Nanfens.

Genf, 21. Septbr. Die Völkerbundsversammlung trat heute wieder zusammen. Bei derselben erregte Nanfens-Norwegen mit ersten Ausführungen besondere Aufmerksamkeit...

Eine holländische Stimme zur deutschen Krise.

Dr. In den „Economico-Statistischen Briefen“ veröffentlicht der bekannte holländische Wirtschaftspolitiker Professor Dr. Berlijn...

Der Bankrott des Völkerbundes.

Die Denkschrift des internationalen Gewerkschaftsbundes, die den Stand der Reparationsfrage im Einzelnen aufrollte...

Damit hat nun endgültig der Völkerbund aufgehört, eine Instanz zu sein, deren Entscheidungen in internationalen und überstaatlichen Fragen noch irgendeine Beachtung verdienen würden...

Die öffentliche Meinung der Welt wird diese Haltung des Völkerbundes in der Tat nicht verstehen und er wird damit den letzten Rest des Vertrauens, der ihm nach der moralischen Niederlage im griechisch-italienischen Fall noch geblieben war, einbüßen.

Es ist naturgemäß, daß die heutige Ablehnung des Völkerbunds auch eine Rückwirkung auf die Haltung Deutschlands ausüben muß. Wir müssen, so schmerzlich diese Erkenntnis an sich ist, auch hieraus wieder sehen, daß sich die Haltung der Welt gegenüber der haarsträubenden Ungeheuerlichkeit, die uns widerfährt...

Poincare kneift.

Wie man sich erinnert, hat in Rehl ein Gastwirt namens Fladt vor etwa 2 1/2 Monaten zwei französische Soldaten unter eigener Lebensgefahr vom Tod des Ertrinkens gerettet...

Die neue Befezungzone in Mannheim.

Die Franzosen haben am Schlosse folgendes Plakat angeschlagen: Die besetzte Zone ist wie folgt erweitert: Brücke Ludwigshafen-Mannheim, Straße, welche zum rechten Flügel des Schlosses führt...

im Innern des Schlosses werden so bald als möglich ihrer normalen Tätigkeit wieder zurückgegeben. Das auf dem linken Flügel des Schlosses im Schloßgarten gelegene frühere Ballhaus...

Das Ruhrgebiet gegen eine Kapitulation.

Gelsenkirchen, 22. Septbr. Unter der Überschrift „Eine schwere Entscheidung“ veröffentlicht der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes...

Ein neuer Sabotageakt.

Essen, 21. Sept. In Essen ist ein neuer Sabotageakt verübt worden. Gestern abend um 10 1/2 Uhr erfolgte eine heftige Explosion. In der Eisenbahnunterführung bei den Kruppischen Anlagen...

Rechter Hand, linker Hand — alles gleich.

Brüssel, 21. Sept. Die Soir veröffentlicht eine Unterredung, die einer seiner Mitarbeiter in Düsseldorf mit dem General Degoutte hatte. Der General erklärte über die Frage der rheinischen Separatisten folgendes: Diese Frage ist keine französische Frage...

Botschafter Wiedfeld unterwegs nach Berlin.

Paris, 21. Sept. Der „Petit Parisien“ meldet aus Newyork, daß der deutsche Botschafter sich gestern nach Deutschland eingeschifft habe, um den Reichskanzler über die Haltung der amerikanischen Regierung...

Hugo Stinnes und das Ruhrgebiet.

Hamburg, 21. Sept. Es ist sehr bemerkenswert, daß Hugo Stinnes, der seit Beginn der Ruhrbesetzung den Hauptteil seiner Geschäfte aus dem Ruhrgebiet nach Hamburg verlegt hatte...

Wo stehen wir?

Die Versuche der Regierung Stresemann, durch direkte Verhandlungen mit Frankreich einen Weg ins Freie zu finden, dürfen als gescheitert gelten. Frankreich beharrt auf seiner Forderung, daß der passive Widerstand bedingungslos eingestellt werde...

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

18) Er kannte sie alle mit Namen, obwohl die vor zwölf Jahren noch rüstigen Männer heute schon, durch die Mühe der Feldarbeit früh gealtert, als Greise erschienen...

„Wer muß das nicht in heutiger Zeit, verehrte Frau?“ „Gewiß, aber man könnte es doch ruhiger und besser haben.“ Lärmende Kinderstimmen schlugen jetzt an Margens Ohr...

„Wir können sie gar nicht alle verkaufen, die bei uns wachsen, und so behalten wir immer ein gut Teil zurück, um Wein daraus zu kelteren. Es ist bloß ein Hausrunkel, aber...“ „Aber er schmeckt wie der beste Madeira.“

ordnungen zurückzuziehen, die sie seit dem 11. Januar für die besetzten Gebiete erlassen hat. Poincaré will Deutschland zur offenen Demütigung zwingen; die deutsche Regierung sieht sich bis vor diesen letzten Schritt gedrängt. Die Regierung Stresemann hat ihre Arbeit mit dem Programm begonnen, den Ruhrkampf so schnell als möglich durch weitgehendste Zugeständnisse an die französischen Forderungen zu beenden unter der Voraussetzung, daß die Gefangenen und Vertriebenen wieder zurückkehren dürfen und daß für die Räumung des Ruhrgebietes bestimmte Ausflüchte gegeben werden. Die Stresemannschen Verständigungsversuche waren von Reden begleitet, in denen der Kanzler zum Erstmal offen von der Unmöglichkeit sprach, den Ruhrkampf weiter zu führen. Was sollte diese Offenheit? Sollte sie unseren Verständigungswillen bekräftigen? Es ist jedenfalls eine Taktik, die nicht leicht begrifflich ist, daß man auf Annahme von Bedingungen hofft, wenn man sich selbst als kampfunfähig bezeichnet. Normalerweise muß man annehmen, daß eine solche Taktik eher geeignet ist, die Unnachgiebigkeit des Gegners zu stärken. Auch auf die Stimmung des deutschen Volkes hat die Taktik der Reichsregierung ihre Wirkung nicht verfehlt.

Der Erfolg der Taktik liegt heute offen da; Poincaré zeigt sich unnachgiebiger als je. Die deutsche Regierung versucht nun noch als letztes: wenigstens eine Zusicherung über das Schicksal der Gefangenen und Ausgewiesenen zu bekommen. Es besteht der Gedanke, daß Poincaré Zusicherungen irgend welcher Art geben wird. Was dann? Wird die Regierung sich zu dem letzten Schritt entschließen und bedingungslos die französische Forderung annehmen und die Verordnungen aufheben? Die „Frankfurter Zeitung“ meint, es sei notwendig, von vornherein fest damit zu rechnen. Es sei von der Regierung nun alles geschehen, was geschehen konnte, es sei nun keine Zeit mehr zu verlieren. Die Sozialdemokratie sieht eine letzte Möglichkeit in der sofortigen Absendung eines Antrages nach Paris, die deutsche Leistungsfähigkeit durch die Reparationskommission abzuschätzen. Die „Frankfurter Zeitung“ hält diesen Weg nach den bisherigen Erfahrungen für ausichtslos und setzt ihre Hoffnungen auf internationale Verhandlungen nach Einstellung des passiven Widerstandes. Das Blatt meint, es sei dies eher ein gangbarer Weg als direkte Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland. In einem Kölner Zentrumsblatt wird der Vorschlag gemacht, alle Zahlungen für das Ruhrgebiet sofort einzustellen und Frankreich die Verantwortung für das weitere zuzuschreiben! Ein verzweifelter Vorschlag!

Was wird die Reichsregierung tun? Auf ihr ruht die ganze Verantwortung, auf ihr mit dem Reichstag, in dessen Auftrag sie handelt. Die Reichsregierung muß wissen, ob die Lage jetzt zum letzten Schritt zwingt, oder ob noch Kräfte und Energien als letzte Reserve vorhanden sind, ob die Nerven des Volkes noch stark genug sind, um den Zwang zur Demütigung zu widerstehen. Denn darüber müssen wir uns klar sein: niemand weiß, was kommt, wenn wir die Waffe des passiven Widerstandes bedingungslos aus der Hand gelegt haben, niemand weiß, welche neue Forderungen uns Frankreich stellen wird, und niemand weiß, welche Wirkungen im besetzten und im unbesetzten Gebiet herbeigeführt werden. Ueber das Schicksal des Reiches werden in wenigen Tagen die Würfel fallen.

Berlin, 21. Sept. Die Regierung hat noch einmal die Voraussetzung festgelegt, auf die hin sie bereit ist, den passiven Widerstand abzubauen. Sie verlangt Freigabe der Berufsämter, Heimkehr der Ausgewiesenen, Übernahme der Verwaltung durch deutsche Beamte, Gewähr für freien Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet und freie Arbeit im besetzten Gebiet. Wenn dafür auf französischer Seite alle Sicherheiten gegeben sind, ist die deutsche Regierung bereit, sich auf einen Übergang einzulassen und auf die Einstellung des passiven Widerstandes hinzuwirken. Während dieses Übergangs sollen dann die Verhandlungen über die eigentliche Entschädigungsfrage weitergeführt werden, in der Richtung, durch greifbare Zahlungen möglichst rasch den Franzosen Geld zu bezahlen, die dafür die Verpflichtung übernehmen, das Ruhrgebiet zu räumen und im Rheinland die vertragsmäßigen Zustände wieder herzustellen.

Die „Neue Berliner Zeitung“ behauptet, in einer Sitzung des Reichskabinetts sei beschlossen worden, als Übergang bis zur offiziellen Verkündung der Beendigung des passiven

Widerstandes einzutreten. Und wenn uns der schöne Blumenkohl seine abgefreiesenen Blätter entgegenstreckt, ruft er uns damit nicht zu: Nimm mir das Angezeigte weg? Und sollen wir da etwa faul sein? Tut es so einem armen Blatt nicht weh, wenn diese Satansbrut von Raupen daran herummaagt? Nein, lieber Freund, da gibts keine Faulheit im Garten und im Feld. Und unsere schönen zarten Pfirsichbäume, wenn sie im kalten Winter schauern, hat man da nicht das Gefühl, als ob man selber ohne Rock draußen im Frost herumlaufen müßte? Da rennt man und holt Stroh und wickelt sie sorgfältig ein, daß sie nicht frieren. Und genau so gehts mit dem Vieh wie mit den Pflanzen, nur daß uns so ein Huhn, so eine Taube, so ein Kalbchen oder eine Kuh noch viel beweglicher anschauen kann. Da müßte man ja kein Herz im Leib haben, wenn man sich aufs Faulbett legen wollte und den armen Gottesgeschöpfen nicht helfen, wo mans kann.

„Du bist ein braver Kerl Michel. Wer hat dir das alles nur beigebracht? Du dachtest doch früher anders, ganz anders.“ Er wandte sich um und blickte seine Gattin mit leuchtenden Augen an.

„Da siehst sie, sie hat mich erst gezeigt, was es heißt, den Acker bestellen und sich davon nähren, und du sollst einmal sehen, wie sie den vornehmen Verwandten Bescheid gibt, wenn sie zu mir herauskommen und irgend etwas reden wollen. Sie hat Herz und Zunge auf dem rechten Fleck, wie du sie ansiehst.“

„Wenn du noch viel redest, Michel, gehe ich fort.“ „Bleiben Sie ruhig hier, liebe Frau Goldbach. Die Eheleute wissen gewöhnlich am besten Bescheid übereinander, und so ein Lob ist nicht gemacht, das ist ehrlich und wahr, aber der gute Michel braucht gar nichts zu reden. Jeder Fremde, der mit offenen Augen durch Ihr Haus und Ihren Garten geht, weiß Bescheid, der sieht, wies mit Ihnen steht. Und ihr macht das alles so allein ohne Hilfe, ohne einen Knecht?“

„Ohne einen Knecht, ja, jamaß, aber jetzt mitten in der Hauptarbeit, in der Saison sozusagen, heißt uns das Goldhändchen, der Peter, der Wilddieb.“

„So, so, der Peter, der Wilddieb.“ „Ja, was er sonst treibt, das geht uns nichts an. Er ist fleißig und tüchtig und vor allen Dingen ehrlich. Daß er die Leidenschaft hat... nun, da muß man darüber wegsehen.“ „Aber er hat doch wegen Totschlags im Zuchthaus gesessen.“

Widerstands stillschweigend einzuwilligen, daß die alten Regierungsverordnungen, die feinerer für das Ruhrgebiet erlassen wurden, nicht mehr beachtet würden. — Diese Meldung ist, wie von zuständiger Stelle versichert wird, eine freie Erfindung.

Das Ruhrprogramm der Regierung.

Berlin, 22. Sept. In den kommenden Tagen bis zum Zusammentritt des Reichstags, der am 29. September erfolgt, werden wichtige Beratungen stattfinden, die der Formulierung der Regierungserklärung dienen sollen. Morgen nachmittag wird das Kabinett zusammentreten, am Montag wird der Reichskanzler die Reichstagsabgeordneten des besetzten Gebietes und Vertreter der Wirtschaft und der politischen Parteien aus den besetzten Gebieten empfangen, für Dienstag ist eine Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder anberaumt, in der diese über das Ergebnis der außenpolitischen Bemühungen der Reichsregierung über die Situation im Ruhrgebiet und im Rheinland informiert werden sollen. Die Reichsregierung legt entscheidenden Wert darauf, bevor sie entscheidende Beschlüsse faßt, in enge Fühlungnahme mit den Vertretern der besetzten Gebiete und den Regierungen der Einzelländer zu treten und nur im völligen Einvernehmen mit dem Reichstag vorzugehen. In dem Gesamtkomplex des Ruhr- und Reparationsproblems hat die Frage, in welcher Form der passive Widerstand geführt wird und die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Verordnungen der Reichsregierung aufgehoben werden oder nicht, mehr taktische Bedeutung. Von grundlegender Wichtigkeit ist, daß die Verurteilten freigelassen werden, die Ausgewiesenen wieder in ihre Heimat zurückkehren dürfen, das Reich wieder die Verfügungsgewalt über das Ruhrgebiet erhält und der vertragsmäßige Zustand im Rheingebiet wieder hergestellt wird. In diesen prinzipiellen Fragen hat sich entgegen allen deutschnationalen und deutschpolitischen Mitleidungen, mit denen nur sehr durchsichtige parteipolitische Interessen verfolgt werden, die Auffassung der Regierung in keiner Weise geändert.

Sozialdemokratie und große Koalition.

Breslau, 22. Sept. Die Breslauer Ortsgruppe der sozialdemokratischen Partei, die im Gesamtrahmen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands allgemein als die Führerin der radikalen Richtung angesehen wird, hielt gestern eine große Versammlung ab, in der zu der Frage des Verbleibens der Partei in der großen Koalition Stellung genommen wurde. Dreiviertel der Versammlung sprach sich für ein weiteres Verbleiben in der Koalition aus. Es wurde eine Resolution angenommen, die der Friedenspolitik Stresemanns ihre Zustimmung ausspricht, den Angriff gegen den Reichswehrminister zwar fortgesetzt haben wollte, aber lediglich innerhalb der großen Koalition und im übrigen gegen jede Verletzung des Achtundzweigtages Stellung nahm, da die täglich vorkommenden Arbeitszeitverkürzungen keinen Grund böten, Arbeitszeitverlängerung einzuführen. Die auf Schlesien gerichteten Angriffe gegen die Verbindung der Reichswehr mit illegalen Organisationen haben übrigens infolge einer Wirkung gehabt, als von den drei als verantwortlich genannten Offizieren bereits einer den Dienst quittiert und ein anderer seine Verletzung nachgesucht hat.

Ludendorffs Hoffnungen.

München, 22. Sept. Die vaterländischen Verbände Augsburgs veranstalteten eine Kundgebung, zu der auch General Ludendorff erschienen war, der in seiner Ansprache sagte, er hoffe, daß alles bereit sein werde, „wenn die Stunde der Tat“ komme. Bayern und Preußen würden ja doch einmal das feindliche Schloß einnehmen. Ein weiterer Redner, der Hauptmann a. D. Heiß-Nürnberg, erklärte, die Bayern ließen sich die preußische Diktatur nicht mehr gefallen. Viele Tausende im Reich setzen ihre Hoffnung auf Bayern und die Brüder und Gesinnungsgenossen im Norden müßten sich bereit halten. Hier sind die Kampfverbände wieder einmal beim Ministerpräsidenten vorstellig geworden und haben erklärt, daß sie zum Minister des Innern kein Vertrauen haben könnten, weil die Polizei angeblichen Ueberfällen linksradikaler Elemente auf ihre Gesinnungsgenossen nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten.

Auf dem Wege zur neuen Währung.

Die neue Währung ist auf dem Marsche. Es wird wahrscheinlich nur noch wenige Wochen dauern, bis die Goldnotenbank ins Leben getreten sein wird. Ueber die Form dieses neuen deutschen Währungsinstitutes haben sich die Ideen inzwischen geklärt. Die neue Goldbank soll von der Reichsbank in Gemeinschaft mit einer Anzahl privater Bankinstitute gegründet werden. Die Reichsbank bringt in das neue Institut einen großen Teil ihrer Goldreserve ein, die privaten Banken dagegen Devisen. Die von der Goldbank auszugehenden Noten sollen zum großen Teil durch dies Gold und diese Devisen gedeckt sein; der Rest soll „bankmäßig“, d. h. durch Goldwechsel, einwandfreier Firmen gedeckt sein. Es wird jedoch ausdrücklich betont, daß das alte Papiergeld weiterbestehen bleiben und auch in Zukunft als gesetzliches Zahlungsmittel gelten soll. Dieser Absicht liegt augenscheinlich der Gedanke zugrunde, daß der deutsche Zahlungsmittelbedarf durch die neuen Goldnoten auch nicht annähernd gedeckt werden kann, zumal sich sehr bald herausstellen wird, daß die Goldnoten in großem Umfange gehandelt werden. Eine volkswirtschaftliche Grundweisheit besagt, daß gutes Geld durch schlechtes Geld verdrängt wird. Aus der Geschichte der großen Wirtschaftsländer liegen Beispiele genug vor, daß bei einer „Doppelwährung“ (Goldwährung neben gleichzeitiger Silberwährung) das jeweils verhältnismäßig wertvollere und im Werte steigende Metall aus dem Verkehr verschwand und das minderwertige allein die Herrschaft behielt. Diese Erfahrung dürfte sich bei einer deutschen Doppelwährung (Goldwährung neben einer gleichzeitigen Papierwährung) in noch viel größerem Umfange wiederholen. Ein von den Vätern des neuen Währungsprojektes vorgebrachtes Argument bestätigt übrigens diese Befürchtungen: Das Papiergeld soll als gesetzliches Zahlungsmittel auch deshalb erhalten bleiben, weil das Reich auf andere Weise als durch fortgesetzte Neuausgabe von Papiergeld keine Möglichkeit habe, seinen riesenhaften Finanzbedarf zu decken. In der Praxis würde sich also voraussichtlich eine große Jagd nach den wertvollen Goldnoten entwickeln, während für den Verkehr des Publikums nach wie vor ausichtslos das Papiergeld zur Verfügung stehen würde. Die Befürworter der Doppelwährung weisen zur Rechtfertigung ihres Standpunktes darauf hin, daß ja die Aussteller von Goldwechseln gehalten seien, ihre Wechsel am Fälligkeitstage in Goldnoten einzulösen. Die Frage bleibt jedoch offen, woher sich die Aussteller von Goldwechseln die Goldnoten beschaffen können, wenn auf dem Geldmarkt keine zu haben sind. Der einzige Weg wäre dann doch nur, daß sie neue Goldwechsel ausstellen und sie sich bei der Goldnotenbank diskontieren lassen, um mit den so erhaltenen Goldnoten die früheren Wechsel einzulösen.

Der Devisenkommissar hat am 11. September eine Verordnung über die „Anmeldepflicht von Edelmetallen“ erlassen. Es handelt sich hierbei um eine Art „Bestandaufnahme“ der zum Schutze der geplanten neuen Währung verfügbaren Werte. Anzumelden sind fürs erste nur Barren, Münzen, Metallbruch usw., also keine Kunst- und Gebrauchsgegenstände aus Edelmetall. Es scheint, daß diese Edelmetallbestände beschlagnahmt werden sollen, wenn sich die Vermehrung der Goldnoten, — was zweifellos sehr bald der Fall sein wird, — als unerlässlich herausstellen sollte. Trotzdem ist es im höchsten Grade bedenklich, die Papiermark für unbegrenzte Zeit weiter als gesetzliches Zahlungsmittel bestehen zu lassen. So dringend die deutsche Währungsreform auch sein mag, eine ernste Erwägung zwingt zu größter Vorsicht und zu gewissenhafter Ueberlegung aller Umstände. Erwägt sich die bevorstehende Währungsreform als ein Schlag ins Wasser, so wird die Aussicht auf einen Erfolg eines neuen Anlaufes noch viel geringer sein, als es bei dem ersten Anlauf der Fall war.

Die „Bodenmark“ als neue Währung.

Der Gesetzentwurf über die Währungsbank.

Berlin, 22. Sept. Die Blätter veröffentlichen Einzelheiten über den Gesetzentwurf über die Währungsbank. Die Bank soll durch Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich des Transport- und Bankgewerbes errichtet werden. Der städtische Grundbesitz soll nach Maßgabe der Aufhebung der Zwangswirtschaft herangezogen werden. Die Satzungen der Bank werden von den Spitzenverbänden der wirtschaftlichen Berufsstände festgelegt. Die Bank ist selbständig in Verwaltung und Geschäftsführung. Die Wahl eines Präsidenten bedarf der Genehmigung der Reichsregierung. Das Kapital der Bank, die von alten Steuern befreit ist, beträgt 2 400 000 000 Bodenmark. Es wird in gleichen Teilen von der Landwirtschaft und der Industrie aufgebracht. Die Währungsbank erwirbt an den landwirtschaftlichen Grundstücken in Höhe von 3 Prozent des Wechbeitrags eine auf Goldmark lautende Grundschuld. Das Kapital der Grundschuld ist mit 6 1/2 Prozent jährlich zu verzinsen. Mit dem Handelsbetrieb erwirbt die Währungsbank falls der Unternehmer Eigentümer eines auf den Betrieb lautenden Grundstücks ist, gleichfalls eine Grundschuld wie in der Landwirtschaft. Soweit das nicht der Fall ist, muß der Währungsbank eine auf Goldmark lautende Schuldverschreibung des Unternehmers ausgehändigt werden. Die Grundschuld sowie der Anspruch aus der Schuldverschreibung gehen, soweit nicht mit andern Staaten getroffene Vereinbarungen entgegenstehen, allen anderen Lasten im ganzen vor. Die Währungsbank stellt auf Goldmark lautende Rentenbriefe aus, die als Deckung für die von der Währungsbank ausgehende Bodenmark dienen. Die Bodenmark ist in 100 Bodenpfennig eingeteilt und darf in gleicher Höhe in auf Bodenmark lautenden Rentenbriefen ausgegeben werden. Die Bank ist verpflichtet, die Zeichnungen gegen Rentenbriefe einzulösen. Eine Bodenmark entspricht dem Wert von 0,358 Gramm Feingold. Die Währungsbank erhält die Ermächtigung, während der nächsten 2 Jahre ein auf Bodenmark lautendes Darlehen bis zum Höchstbetrag von 2 Milliarden zu gewähren. Nach Ablauf dieser 2 Jahre tritt die Währungsbank in Liquidation. Die Bank stellt sofort dem Reich ein zinsloses Darlehen von 300 Millionen Goldmark zur Verfügung, der zur Einlösung der bei der Reichsbank diskontierten Reichsschatzanweisungen verwendet wird, während die Reichsbank mit den ihr zufließenden Beträgen die umlaufenden Noten einlöst.

Welchen Kurs erhält das Papiergeld?

Berlin, 21. Sept. Die Besprechung des Reichsfinanzministers mit den Finanzfachverständigen über die Gründung einer Währungsbank wurden, wie die Abendblätter hören, soweit zum Abschluß gebracht, daß es sich hauptsächlich nur noch um die Frage handelt, zu welchem Kurse die Papiermark als Scheidemünze in die neue Währung eingeordnet werden soll. Das von der Währungsbank herauszugebende neue Geld wird die Bezeichnung „Bodenmark“ erhalten und sich auf den von der Währungsbank herausgegebenen Rentenbriefen aufbauen, die zum Goldmarkwert mit 5 Prozent verzinst werden und eine gute Rente darstellen würden.

Eine neue Stützungsaktion

Berlin, 21. Sept. Reichsfinanzminister Hilferding empfing heute nachmittag Vertreter der Gewerkschaften, denen er seine Absichten über die kommende Währung und über die augenblickliche Stützungsaktion für die Mark mitteilte. Er sprach seine Befriedigung darüber aus, daß es gelungen sei, den vollen erheblichen zu senken. Der von der Regierung „geführte Schlag“ sei unerwartet gekommen und habe seine Wirkung nicht verfehlt. Die Regierung werde ihre Einwirkung solange fortsetzen, bis die geplanten neuen Maßnahmen in Kraft getreten seien.

Reich und Beamte.

Auf Einladung des Deutschen Beamtenbundes und des Reichsbundes höherer Beamter hatten sich am 20. September Vertreter der deutschen Presse in den Räumen des Deutschen Beamtenbundes zu einer Besprechung über die schwebenden Beamtenfragen in Verbindung mit der gegenwärtigen Lage des Reiches zusammengefunden. Den Hauptinhalt bildete die Frage der Abgrenzung der Interessen der Beamenschaft gegenüber der Allgemeinheit. In Rede und Gegenrede kam die Auffassung zum Ausdruck, daß gemäß dem Programm der einladenden Organisationen die Staatsinteressen den Interessen bestimmter Volkskreise vorangestellt werden müßten, daß aber andererseits die Notlage des Reiches nicht dazu führen dürfe, die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen des für das Gemeinwohl heute ebenso notwendigen Berufsbeamtentums zu untergraben.

Bauernaufstand in Bulgarien.

Belgrad, 23. Sept. Wie unser Berichterstatter im Außenministerium erfährt, liegen aus Sofia Nachrichten vor, denen zufolge die Unzufriedenheit in Bulgarien stark im Wachsen begriffen ist. Wenn man bisher nur von kommunistischen Unruhen sprechen konnte, bei denen es allerdings Kämpfe und Tote und Verwundete gab, so verwandelte sich diese Bewegung in einen Bauernaufstand gegen die Regierung. Nach Berichten von der bulgarischen Grenze haben bei Jagora heftige Kämpfe der Regierungstruppen mit den Bauern stattgefunden. Die Regierungstruppen kämpften diesen Berichten zufolge erbittert und verlustreich und hielten tapfer aus bis zum Eintreffen von Verstärkungen. Anderen Berichten zufolge sind die Aufständischen bereits die Herren der Lage bis zur Linie Varna-Burgas-Jagora-Navagagora. Der Führer der Aktion heißt Peter Enev. Dem Streik der Eisenbahner haben sich auch die Post- und Telegraphenbeamten angeschlossen. Der Verkehr mit Sofia ist unterbrochen. Trotzdem herrscht in der Hauptstadt vollkommene Ruhe und Ordnung.

Die Mörder der italienischen Mission ermittelt?

Rom, 21. Sept. Die Epoca meldet aus Bari: Ein Telegramm aus Tirana, welches vom Chef des Presseamtes beim albanischen Innenministerium, Ghika, unterzeichnet ist, meldet, daß die Untersuchungskommission die Mörder der Mitglieder der italienischen Militärmission identifiziert habe.

Baden.

Friedenszustand in Lörrach.

Karlsruhe, 21. Sept. Gestern haben die maßgebenden Führer der Arbeiter sich dem Bezirksamt gegenüber erboten, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß am Montag in allen Betrieben in Lörrach und Umgebung, im Wies-, Werra- und Rheintal, geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen sei.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 21. Sept. (Firmenwechsel.) Die Brauerei „zum Löwen“ hier wurde unter dem Namen Sinsheimer Löwenbrauerei und Malzfabrik in eine Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 300 Millionen Mark umgewandelt.

Mannheim, 22. Sept. (Aus dem badischen Einbruchgebiet.) Die bisher in Mannheim-Rheinau befindliche französische Beschlagnahmekommission hat sich, wie wir erfahren, aufgelöst bzw. sich nach Ludwigshafen begeben, von wo sie nach Höchst am Main kommen soll.

Bretten, 22. Sept. (Tollmut.) Auch in der nahen württembergischen Gemeinde Verdingen ist jetzt ein tollwütiger Hund festgestellt worden. Er hat mehrere Tiere totgebissen und einem sechsjährigen Knaben eine starke Verletzung beigebracht.

Kastatt, 22. Sept. (Schuhdiebstahl.) In der vergangenen Nacht wurde in ein hiesiges Schuhhaus eingebrochen, wobei über 60 Paar Schuhe im heutigen Wert von 30 Millionen Mark gestohlen wurden.

Kenchen, 19. Sept. (Ueberfahren.) Der 81jährige Schneider Rudloff wurde mitten im Ort von einem rücksichtslos fahrenden Automobil erfasst, zu Boden geschleudert und schwer verletzt.

Donauwörth, 19. Sept. (Alter Fund.) Bei Kanalisationsarbeiten in der Nähe von Geisingen wurden fünf alte Grabstätten aufgedeckt. Es handelt sich allem Anschein nach um eine alamantische Siedlung.

Vom Feldberg, 19. Sept. (Die ersten Schneeflocken) fielen heute vormittag am 19. September, ohne daß jedoch längere Zeit ihre Spuren auf dem Boden sichtbar geblieben wären.

Seefahrt eines Zirkus. Der Zirkus Sarraiani wird am 22. Oktober von Hamburg mit 150 Pferden und den großen Truppen von Elefanten, Löwen, Tigern, Nilpferden, Büffeln usw., 120 Lastautos, Straßenlokomotiven u. a. und dem ganzen, etliche 100 Personen zählenden Personal, die Ueberfahrt nach Buenos Aires auf den Stinnesdampfern „Ludendorff“ und „Danzig“ antreten.

Glücklich gelandet. Die Voralberger Landesregierung hat aus Newyork ein Telegramm des österreichischen Konsulats erhalten, wonach die 14-Meter-Regeljacht „Sowilasgoth 5“ wohlbehalten in Newyork eingetroffen ist. Damit ist der erste Versuch mit einem Segelboot den atlantischen Ozean zu durchkreuzen, von deutscher Seite aus gelungen.

Der gleiche Tod durch drei Generationen. Vor einigen Jahren machte der italienische Gutsbesitzer Osvaldo Tommasini aus Val-Travaglia seinem Leben gewaltsam ein Ende, indem er sich von dem Gipfel eines hohen Felsens in die Tiefe stürzte. Als sich der Tag dieses Ereignisses jährte, erklimmte sein Sohn denselben Felsen und suchte und fand auf gleiche Weise den Tod.

Stimmen aus dem Leserkreis.

Für die unter dieser Abteilung erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung lediglich die preisgesetzliche Verantwortung.

Sinsheim, 24. Sept. Auf das in Nr. 111 des Landboten erschienene Eingefandt „zum Zuckerpreis“ ist folgendes zu erwidern: In Konsumentenkreisen, als auch bei einem großen Teil der Kleinhändler besteht die irrige Ansicht, daß die Zuckerpreise von den Großhändlern eigenmächtig festgesetzt würden.

tracht gezogen werden müssen. Hoffentlich tragen diese Aufklärungen zur Beruhigung der Gemüter wieder bei.

Schlüsselzahlen.

Die Schlüsselzahl des badischen Einzelhandels vom 22. September beträgt 3 300 000 (Vortag 5 400 000). Schlüsselzahl des Buchhandels. Die Schlüsselzahl des Buchhandels beträgt ab Samstag 35 Millionen.

Neueste amtliche Kurse

Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Industriek Aktien, Schiffahrtsaktien, and Freiverkehrswerte. Includes entries like Reichsanleihe 300000%, Deutsche Bank 280 000 000%, and others.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 75. Ausfuhrbeschränkung für Wein aus dem Lande Baden. Aufgrund des § 6 Abs. 2 der Verordnung über Notstandsversorgung vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 718) wird mit Zustimmung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Ausfuhr von Wein aus dem Lande Baden nach dem Ausland mit sofortiger Wirkung verboten.

HAPAG advertisement for Hamburg-Amerika Linie and United American Lines Inc. Includes text: HAMBURG-AMERIKA LINIE, UNITED AMERICAN LINES INC, NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA, AFRIKA, OSTASIEN USW.

Dixin Henkel's Seifenpulver advertisement. Text: Dixin Henkel's Seifenpulver, Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

Zu verkaufen advertisement. Text: Zu verkaufen wegen Umzug 1 ohr. Milchschaf, 1 jährl. 5 Hühner, 9 Junge 1 jährl. Enten, 18 Hasen, darunter ein blauer Wiener, sowie ca. 5 Str. Heu.